

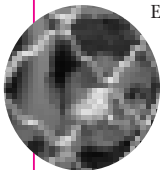
Unfug, grober



An einem 9. November ist allerlei passiert – warum es nicht unbedingt zweckmäßig ist, alles auf einer Demo zu thematisieren, erklären wir auf

Seite 3

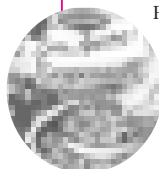
Region



Ein Romacamp wurde vergangene Woche durch den Orkan zerstört, ein Teil der Opfer suchte Zuflucht im AStA der Uni D'dorf

Seite 3

Konsumterror



Fertigsuppenkasper Nestlé indoktriniert Kleinstlebewesen: Selbige denken, Gespenster in Instantsuppe seien besser als Rosenkohl in Miso

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Castoren im Dutzend

Jetzt schlägt's 13

Anfang November soll erneut ein Castor-Transport von La Hague nach Gorleben rollen – diesmal gleich im Dutzend. Erneut wird der Ausnahmezustand im Wendland in Kraft gesetzt.

Der von Robert Jungk vorhergesehene Atomstaat wird erneut temporär Realität. Die Vorbereitungen der Staatsmacht jedenfalls laufen. Nicht nur mobile Container werden für die zu erwartende Bürgerkriegsarmee von 20.000 PolizistInnen aufgestellt, diesmal sind bereits „feste“ Wohncontainer aufgebaut – auf verschiedenen, für 10 Jahre für diesen Zweck zu Millionensummen gepachteten Flächen. Dennoch werden tausende von AtomkraftgegnerInnen klargestellt, dass sie sich ihr Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen.

Der Castor ist nicht, wie es Partei-Grüne sowohl aus der Polizei-Einsatzleitung, als auch aus den Berliner Ministerien glauben machen wollen, nur noch ein regionales Problem. Denn hier wird versucht, mit Polizeiknüppeln das Grundgesetz zugunsten der Atomindustrie zu beugen. Gemäß dem Motto, dass Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand gebietet.

Auch bei den Genehmigungen ist eher Willkür zu beobachten, als die Ein-

haltung von Gesetzen zum Schutz der BürgerInnen. Der Transport soll erfolgen, obwohl die Castor-Behälter auf Grundlage bekanntermaßen falscher Berechnungen zugelassen wurden und nicht bruch-sicher sind. So wusste das ARD-Magazin „plusminus“ zu berichten – bisher unwiderlegt –, dass die Castoren genehmigungswidrig mit völlig unzureichenden „Stoßdämpfern“ transportiert werden und kein vorgeschriebener Falltest mit einem Original-Behälter erfolgte. Übrigens dürfen die angeblich so sicheren Behälter im Zwischenlager ohne Holzlagerung nur 25 cm angehoben werden – und nun werden sie im Zwölferpack per Bahn mit hohen Geschwindigkeiten transportiert.

Demonstrationsrecht in Gefahr

Die Angst vor Terroranschlägen, sonst gerne von Innenminister Schily zur Rechtfertigung bemüht, spielt bei solchen Transporten keine Rolle. Weder der Umstand, dass bei einem eventuellen Terrorangriff auf einen Castor-Behälter mit einer modernen panzerbrechenden Waffe der Umkreis von weit mehr als 12 km unbewohnbar würde, spricht aus Sicht der Behörden gegen einen Transport, noch die Tatsache, dass das Zwischenlager Gorleben als Ziel des Transportes nicht gegen einen „gezielten Flugzeugabsturz“ geschützt ist.

Im November geht es im Wendland auch um die Zukunft der Republik als einem Staat in dem demokratischer Herrschaft Grenzen gesetzt sind, um die Frage „Ausnahmezustand oder demokratische Zivilgesellschaft?“, wie es der Verfassungsrechtler Prof.

Den Beweis, dass Deutschland wieder eine eigenständig weltweit agierende Kriegsmacht ist, erbrachten Schröder, Struck und Fischer, indem sie die Beteiligung an dem nächsten gegen den Irak lapidar ablehnten: Das fast vollständige Zerbomben Serbiens und der Einsatz „unserer Feldgrauen“ in Afghanistan war dennoch mehr als nur eine Fingerübung.

Es ging um den Beweis wiedererlangter Schlagkraft, und dass man nach 54 Jahren der Abstinenz noch immer bzw. wieder Mordkerle aufzuweisen hat, die noch jeden Befehl auszuführen bereit sind, egal ob er in verbrecherischer Absicht unter Mißachtung des bundesdeutschen und des Völkerrechtes gegeben wurde. Das Berliner Kriegs-Regime glaubt sich außenpolitisch – insbesondere kriegspolitisch – wieder souverän

Beispiele gefällig?

1. Die Kriegswaffenschmiede „Blohm&Voss“ übergab erst letzte Woche drei Fregatten an die Bundeswehr, welche nach der Bundestagswahl 1999 pünktlich in Auftrag gegeben wurden.
 2. Scharpings Eurofighterdeal flog nur wegen undichter Stellen im Kriegsministerium auf.
 3. Die Umsetzung des „Hartz“-Schlachtplanes läßt sich flexibel gestalten, auf dass die Rüstungsindustrie genügend geschont wird, obwohl „alle gleichermaßen ihren Beitrag zur Reform“ des Sozial- und Gesundheitssystems beizutragen haben. Konkret geht das so: Die Einzelhaushalte des neuen „Superministeriums“ für Gesundheit und Soziales gehen fast unangepasst und inflationsbereinigt in den neuen Haushaltsansatz ein, gleichzeitig schließen nach Aussage von ver.di flächendeckend Krankenhäuser Kooperationsverträge mit der Bundeswehr ab, um bei eventuellen Einsätzen die kriegsversehrten Recken bevorzugt zusammenflücken zu können.
- Immerhin möchten die deutschen Eliten perspektivisch im Schlepptau der EU ökonomisch und politisch mit den herrschenden Klassen der USA gleich-

ziehen. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der global verteilten Produktion, der Öffnung aller Handels-schranken und der Konzentration (Fusion) des globalen Kapitals: Ein VW Beetle z.B. soll nach Vorstellung der Wolfsburger Konzernleitung „mit der Sonne“ produziert werden. In den europäischen Betriebseinheiten wird die Karosserie montiert. Das ginge dann so: Zum Tagesende wird das gute Stück nach Brasilien geflogen, wo es zu Beginn der Frühschicht für weitere Bastelarbeiten zur Verfügung steht, um gegen 8 Uhr Ortszeit die Elektronik in Taiwan und Japan verpasst zu bekommen. In jedem Produktionsschritt wird der niedrigste (wenn vorhanden: Tarif-) Lohn für die jeweils notwendigen Arbeitsschritte ausgenutzt.

Dieses Produkt darf handelsrechtlich in jeder genannten Region zollfrei verkauft werden, da es überall dort gebaut wurde. Ferner können global organisierte Konzerne wie in diesem Beispiel ihre Produkte firmenintern aus absatzproblematischen Regionen verschieben.

Diese Fähigkeiten führen zu einem verschärften Konkurrenz-kampf um die Absatzmärkte, der „Beetle“ muss dabei gegen ein gleichwertiges Produkt aus dem Besitz einer japanischen oder US-amerikanischen Firma anstinken.

Lohnrdrucker-Kolonisten

Alle diese „global players“ argumentieren in den einzelnen Staaten (also in dem Land, in dem sie ihren Stammsitz haben) mit genau diesem Konkurrenzverhältnis und verlangen ihm alles ab, was ihrem Wegbrechen als „Standortfaktor“ und unschöne Nachwirkungen wie Massenentlassungen verhindern hilft: Unentgeltlicher Ausbau der Infrastruktur, Steu-

erleichterungen, etc. Letztlich hat sich seit den 70er Jahren ein System gegenseitiger Abhängigkeit herauskristallisiert, in dem die Regierungen Aufträge vergeben, um oben genannter Verpflichtung nachzukommen, andererseits stellen die großen Konzerne Anforderungen an die Regierungen, um ihren Krempel an sie loszuwerden. Das Schröder/Fischer-Regime stellt dieses Prinzip längst nicht mehr in Frage (was sogar die Kohl-Regierung partiell noch tat), sondern es kriecht den Konzernen regelrecht in den Allerwertesten. Dass diese Riesen-Konzerne allerspätestens mit der Marktkonzentration der 90er Jahre identisch sind mit den Rüstungskonzernen liegt auf der Hand. Folglich müssen staatlicherseits immer neue Waffen geordert werden: Eine Aufwärtsspirale, die den Staat ruiniert – und damit auch alle sozialen Sicherungssysteme. (By the way: Dieses Vorgehen produziert massenweise Unzufriedene. Bleibt wohl nichts anderes übrig, als die sündhaft teure „Innere Sicherheit“ auszubauen.)

Die einzige Auflösung dieses Spiels ist das Aufbrechen der Waffenkammern, und zwar am besten so, dass exakt die Produktionseinheiten in schwachen Staaten und Ökonomen zerlegt werden, die in Konkurrenz zu den heimischen Konzernen stehen. Natürlich gibt es auch andere ökonomische Ziele (etwa die Eroberung von Ölfeldern und Bodenschätzen, Sicherung der berühmten Öl-Pipelines,

...Fortsetzung auf Seite 2

Martin Kutscha aus Berlin formulierte, und um „die schrittweise Übernahme von Elementen des Ausnahmezustands in unsere Rechtsordnung, sowie in die polizeiliche Alltagspraxis“.

Der Protest gegen die Machenschaften der Atomindustrie und ihre KollaborateureInnen in Staat und Wirtschaft ist legal und legitim! Das Spiel heißt 20.000 Polizeibeamte gegen 50.000 EinwohnerInnen im Wendland. Es macht Spaß und ist unter Umständen gefährlich. Da darf nicht fehlen, wer der Meinung ist: Auch wir lassen uns das Demonstrationsrecht nicht nehmen!

Peer Wollnik
AStA-Referent für Ökologie

Noch nicht ganz wieder wer

etc.), oder militärstrategische Erwägungen wie zuletzt in Afghanistan. Non plus ultra ist und bleibt jedoch der Schutz (die Konkurrenzfähigkeit) der „eigenen“ Rüstungslobby.

Wieso springt die BRD nicht auf den Zug auf?

Auch die Bundes-Regierung muss rechnen. Künftig muß wohl erwogen werden, wo sie selbst mit Gewinn das Schlachtfeld verlassen kann. In Serbien hat sich die Sache schnell rentiert, da auch Nicht-Rüstungskonzerne und Mittelstand zum Zuge kamen, was die Binnenökonomie Deutschlands stabilisierte und zumindest mittelbar ein steuerliches Plus in der Staatskasse bedeutete. Deutsche und französische Telekom übernahmen die Kontrolle des Belgrader Telekommunikationsnetzes, mittelgroße Betriebe verdienten am Wiederaufbau von Wohnungen, Energieversorgungseinheiten und Infrastruktur nicht zu knapp. Das sicherte Arbeitsplätze, Wohlwollen und Dankbarkeit (um nicht zu sagen: Wählerstimmen) und für parlamentarische Hinterbänkler Vertrauen (also Aufsichtsratsposten).

Der Afghanistan-Einsatz brachte da schon weniger ein, aber wie gesagt: „Unsere Jungs“

konnten Reputation einfahren, indem sie äußerste Disziplin im Schlammrobban bewiesen.

Irak? Teuer, sag' ich Ihnen. Das ist schon 'ne Nummer zu groß, sollen doch die „Amis“ selbst sehen, wie sie den Laden (nicht Bin Laden) unter Kontrolle kriegen. Immerhin haben sie mehr Erfahrung im Erpressen der Nahost-Staaten, der Belieferung erzeaktionärer, religiöser Fundamentalisten und Zerschlagung demokratischer Strukturen. Zugegeben, es ist schwer zu sagen, warum sich D'land konkret zurückhält. Sicher aber ist, dass die bundesdeutsche Oberste Heeresleitung nicht jeder US-Aktion folgen kann und will. Ihre Ressourcen wären zu schnell aufgebraucht. Solange die EU noch keine eigenständige Militärmacht unter deutscher Führung hergestellt hat, kann sie den USA nicht auf

allen Ebenen Paroli bieten. Der neue kalte Krieg ist somit noch nicht ausgebrochen, wird aber schon mal ideologisch in Form des Antiamerikanismus über einschlägig bekannte Nachrichtenmagazine vorbereitet. Sehr angenehm für deutsche Kriegstreiber, fallen sie doch selbst als Interessensgruppe aus den Blickwinkel der Kritik. Es ist „Aufgabe“ der politischen Führung, autonom militärische Ziele zu definieren. Und mal ehrlich: Hat nicht auch Deutschland so wie die USA mit Lateinamerika einen eigenen Hinterhof direkt hinter der Grenze. Hier sind noch Märkte zu erobern, und das heißt im Zweifelsfalle: erstmal zu zerstören.

Jörch Schönewerk



Skurrale Szenen im Grenzgebiet
Bizarres Aachen

Falls das mehr oder weniger schöne Gebäude in welchem sich neben der bsz-Redaktion auch noch die Räumlichkeiten des AstA befinden, auf Druck der Landesregierung hin veräußert werden sollte, um das Landesäckel zu füllen, die AstA- und bsz-Aktiven deshalb alle ausziehen müssten – wobei dahin gestellt sei, ob sie dies denn tun würden – es dann jedoch eher den Anschein machen sollte, dass das Rektorat dort einziehen sollte, so würden wir wohl unsere eigenen Büros besetzen. Zumindest hätten wir nichts dagegen, wenn anstatt des Rektorats ein unabhängiges Kulturzentrum dort eingerichtet würde. „Ist die bsz-Redaktion jetzt endgültig demont geworden?“, könnten geneigte LeserInnen bei der Lektüre dieser Zeilen leicht denken. Wir können euch beruhigen, wir spielen lediglich auf die bizarre Situation in Aachen an.

Vor einem halben Jahr mussten der AstA der FH Aachen und andere studentische Projekte die von ihnen genutzten unteren Etagen eines Gebäudes in der Goethestr. 3 verlassen, in den oberen Etagen lag bereits seit zwei Jahren Wohnraum brach. Angeblich sollte das Gebäude verkauft werden, um den Landeshaushalt zu entlasten. Davon kann heute

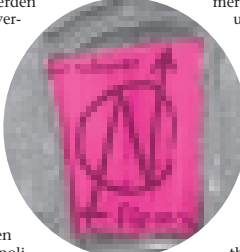
nicht mehr die Rede sein, vielmehr kursiert das Gerücht, dass sich in dem attraktiven denkmalgeschützten Haus in naher Zukunft das Rektorat der FH niederlassen will. Zumal in der Nähe des Gebäudes recht gut geparkt werden kann, was in Aachen nicht selbstverständlich ist.

„Ohne mein AZ geh ich nicht ins Bett“

Statt des Rektorats zogen am letzten Wochenende jedoch BesetzerInnen dort ein, um gegen den „Abbau von Freiräumen“ zu protestieren. Wohl zurecht, denn nach Mittelkürzungen für nahezu alle sozialen Einrichtungen in Aachen und einer aggressiven Vertreibungspolitik gegen verschiedene „Randgruppen“ in der Innenstadt hatte das Bauordnungsamt der Stadt Aachen Mitte Oktober das seit zehn Jahren bestehende Autonome Zentrum (AZ) in der örtlichen Vereinsstraße geschlossen.

Mit ihrer Aktion wollen sich die beteiligten Gruppen in „einem täglich kälter werdenden sozialen Klima“ den „bitter benötigten Freiraum nehmen, um Wohnraum und Lokalitäten für selbstbestimmte

politische, soziale und kulturelle Arbeit zu schaffen“. So soll in der Goethestraße ein selbstverwaltetes Zentrum entstehen, in dem selbstbestimmte und unkommerzielle politische, kulturelle und soziale Arbeit stattfinden kann. Ausdrücklich unterstützen die BesetzerInnen die Forderungen nach sofortiger Wiederöffnung des Autonomen Zentrums in der Vereinsstraße. Tenor: „Aachen braucht auch das AZ; es ergänzt sich bestens mit den neugeschaffenen Räumen in der Goethestraße“, so die BesetzerInnen. Die neuen Räumlichkeiten erfreuen sich bereits einer breiten Nutzung, neben verschiedenen anderen Projekten wurde auch ein Frauenraum eingerichtet, in den Räumlichkeiten aus denen das Frauen-/Lesbenreferat des FH-AstA hatte ausziehen müssen. So ist's fein, meint eure bsz.



Anne Tiffer

Gegen Antisemitismus und Faschismus
Solidarität mit Israel!

Als Ausfluss der berechtigten Empörung über den feigen Meuchelmord in Paris kam es in Essen zu jüdenfeindlichen Demonstrationen und Aktionen. Hierbei wurde in der Nacht die große jüdische Synagoge an der Steeler Straße in Brand gesteckt. Rheinisch-Westfälische Zeitung, 10.11.1938

Nur die rasche Reaktion zweier Angestellter hat die Alte Synagoge in Essen davor bewahrt, von rund 250 Sympathisanten der Palästinenser gestürmt zu werden. 30 Fenster gingen durch Steinwürfe zu Bruch. Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 09.10.2000

Angesichts einer immer stärker werdenden weltweiten antisemitischen und völkischen Mobilisierung, angesichts totaler politischer und geistiger Regression im Land der MörderInnen von einst in Tateinheit mit der Entsorgung deutscher Geschichte, kann es anlässlich des bald anstehenden Jahrestags der Reichspogromnacht nur heißen: Gegen Antisemitismus und Faschismus – Solidarität mit Israel!

Solidarität mit Israel!

Nachdem auch schon vor 1938 und allen darauf folgenden Jahren vielen Jüdinnen und Juden klar war, dass die jüdische Assimilation in den bestehenden Staaten gescheitert war und am Problem des Antisemitismus sich nichts geändert hatte, wurde spätestens mit der Shoah evident, dass nur ein eigener jüdischer Staat in der Lage sein würde, das Problem des weltweiten, zur Vernich-

tung des Objekts seines Hasses drängenden antisemitischen Wahns zwar nicht zu beseitigen, dessen potentiellen Opfern aber einen Ort zu übergeben, wo ihre Sicherheit nicht vom Wohlwollen irgendeiner Regierung oder den Launen der jeweiligen Bevölkerung abhängig wäre. Dass dieser „Jude unter den Staaten“ von Anfang an anders behandelt und seit seiner Gründung Ziel antisemitischer Vernichtungsphantasien wurde, ist indes angesichts des auch nach 1945 nicht seiner Grundlagen beraubten und immer noch virulenten Antisemitismus nicht weiter verwunderlich und daran hat sich auch bis heute nichts geändert. Sowohl die sich in den letzten Monaten häufenden, wahllos gegen israelische ZivilistInnen gerichteten Selbstmordattentate palästinensischer KlerikalfaschistInnen, als auch die antisemitischen Attacken ihrer SympathisantInnen gegen jüdische Einrichtungen oder die nicht nur als Unterstützer Israels gehassten USA zeigen dies. Aber auch im bereits genannten Land, dessen Bewohner vor gar nicht allzu langer Zeit noch die totale Barbarei praktizierten, ist man bereits wieder zur Offensive gegen die Juden, Verzeihung: Israel übergegangen.

„Klartext“ gegen Israel

Da wäre zum Beispiel ein deutscher Kanzler, der nur zu gern deutsche Truppen zur Zügelung der jüdischen Aggression gegen das unterdrückte Volk, das auch schon die antisemitische Solidarität eines anderen bekannten deutschen Staatsmannes und seines Volkes erfuh, entsenden möchte. Oder ein bekannter Lehrer und Fallschirmspringer, der mit „Mut“ und „Klartext“ gegen Israel und seine deutsche Lobby vorgeht und sich damit zum Anwalt des deutschen Michels macht, der ja

schon immer gewusst hat, dass der jüdische Staat und der Zentralrat der deutschen Juden zu viel Macht besitzen. Die Deutschen werden den Juden Auschwitz wohl nie verzeihen...

Wer aber nun angesichts der skizzierten Lage immer noch glaubt – sei es sich als antiimperialistisch verstehender Linke oder einfach nur als Deutscher – antisemitische Mörderbanden benötigten die deutsche Völkersolidarität (wie vor 45) und eine Kritik am Staat Israel müsse ja wohl erlaubt sein (sei ja auch nur eine Meinung und die habe ja schließlich jedeR), dem/der sei gesagt, dass dieses Bedürfnis eben genau Israel kritisieren zu müssen, vom vielbeschworenen Antisemitismus nicht zu trennen bzw. genau dieser ist und hiergegen helfen ja bekanntlich nach Woody Allen nur Baseballschläger!

Demo in Essen

Nichtsdestotrotz ist es gerade in Deutschland, dem Land dem es beinahe gelungen wäre, alle Juden/Jüdinnen Europas zu ermorden, wichtig, die Erinnerung an dieses größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte wach zu halten, die möglichen Konsequenzen hieraus zu ziehen und entschlossen gegen alle Formen von Antisemitismus (Antizionismus) vorzugehen. Dies bedeutet in erster Linie Solidarität mit den davon Betroffenen, also den hier lebenden jüdischen Menschen und dem nach wie vor einzig halbwegs sicheren anti-antisemitischen Bollwerk Israel.

Referat für Grund- und Freiheitsrechte

In diesem Sinne, kommt alle zur Demonstration am Sonntag, 10. November, 12 Uhr nach Essen, Kardinal-Hengsbach-Platz (Nähe Hbf.)!

Der Aufruf ist zu lesen unter www.re.antifa.net

Hilferuf

Den wenigsten bsz-LeserInnen wird der Ortsname Lendringen etwas sagen. Dass es alles andere als schön ist, in einem kleinen Ort auf dem Land zu wohnen, in dem man sich kaum noch auf die Straße traut, weil eine Gruppe Rechter bereits seit mehreren Monaten durch Körperverletzungen, Morddrohungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen alle terrorisieren, die nicht in ihr Weltbild passen, vermutlich schon.

Lendringen ist eine Kleinstadt in der Nähe von Menden im Sauerland. Seit mehreren Monaten agiert dort eine Gruppe von Nazis, eine Kirchenasyl bietende Gemeinde sowie die örtliche Flüchtlingsunterkunft wurden von ihnen angegriffen, es gab zahllose Angriffe und Körperverletzungen, deren Opfer Punks, alternative Jugendliche und die, die sie dafür halten, sowie Menschen ohne deutschen Pass sind. Um diese Umstände öffentlich zu machen und dagegen zu protestieren, wird am 9. November eine Demonstration in Menden stattfinden. Die Teilnahme auch von Nicht-MendenerInnen dürfte sehr erwünscht sein.

Demonstration, 09.11., 11:30 Uhr, vor der Vinzenzkirche in der Mendener Innenstadt

Die R-Frage

Ernst wird es am Donnerstag, den 7. November, in Sachen Rektorwahl: Wer wir der neue Rektor der Ruhr-Uni?

Am 24. Oktober hatten sich die drei Kandidaten Prof. Muhr, Prof. Nienhaus und Prof. Wagner in einer hochschulöffentlichen Befragung den WählerInnen vorgestellt. Während der bisherige Prorektor Wagner am deutlichsten Position gegen die geplanten Studiengebühren bezog und sie auch dann ablehnte, wenn sie den Hochschulen zugute kämen, mochte sein Mitbewerber und Mitprorektor Nienhaus nicht recht mit der Sprache herausrücken, als die Fachschaftsvertretung FSVK die Kandidaten nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft befragte – er ist jedoch kein Burschi. Etwas blaß blieb der bisherige Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Muhr.

Die allwissende und heuer ungeheuer prognosefreudige Redaktion weissagt daher, dass Wagner und Nienhaus das Rennen unter sich ausmachen werden.

Wuppertal stellt sich
quer Teil 3

Ausgerechnet für den 9. November, den Jahrestag der Reichspogrom-Nacht, haben Wuppertaler Nazis um Sascha Guderian und Mike Hilgert einen Aufmarsch angemeldet. Diese Nazigruppe war in der Vergangenheit u.a. verantwortlich für den brutalen Überfall auf TeilnehmerInnen einer Gedenkfeier am KZ Mahmal Kemna, für antisemitische Schmierereien am Neubau der jüdischen Synagoge und für den menschenverachtenden Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in Wichlinghausen. Deswegen ruft das Bündnis „Wuppertal stellt sich quer“ erneut alle WuppertalerInnen auf, sich den Nazis entgegen zu stellen. Weil es beim letzten Mal so gut geklappt hat, sind alle wieder eingeladen, pünktlich per Zug auf die Bahnsteige des Barmer Bahnhof zu kommen. Die Parole „Kein Nazi-Aufmarsch in Wuppertal“ wird so durch die vorzeitige antisemitische Besetzung des Bahnhofs Wirklichkeit.

Für den Fall, dass die Nazis nicht marschieren können, wird es eine Demonstration durch den Wuppertaler Stadtteil Barmen geben, um an die Ereignisse von 1938 zu erinnern. Stationen werden die neue Synagoge, die am 8. Dezember feierlich eingeweiht wird, sowie der historische Ort der niedergebrannten Synagoge sein. Ein weiterer Schwerpunkt wird dieses Jahr das Gedenken an Karl-Heinz Rohn sein, dessen Ermordung sich zum zehnten Male jährt. Karl-Heinz Rohn wurde am 12.11.1992 in einer Gaststätte von Wuppertaler Straßenfaschisten, die in der Nationalistischen Front (NF) organisiert waren, ermordet. Sie hielten Rohn für einen Juden, schlugen ihn nieder, traten ihm mit Springerstiefeln die Rippen ein. „Juden müssen brennen“ schrie der Gastwirt der Kneipe und die Nazis übergrössen den schwerverletzten Rohn mit Schnaps und zündeten ihn an. Karl-Heinz Rohn starb nur wenig später an den Folgen der Misshandlungen. Gegen den Naziaufmarsch soll nun eine breite gesellschaftliche Allianz demonstrieren: zusammen mit den Flüchtlingen, die für ein Bleiberecht kämpfen und die es satt sind, auf den Straßen angemacht und bedroht zu werden, gemeinsam mit der jüdischen Kultusgemeinde, die sich fast allein gegen die jüngsten antisemitischen und antisraelischen Ausfälle eines Herrn Möllemann wehrt.

Infos unter www.wuppertal-dichtmachen.de

Orkanopfer im Düsseldorf AStA untergebracht

Ein Camp von Abschiebung bedrohter Roma im Düsseldorf Stadtteil Lörk musste über das Wochenende vom 26. zum 27.10.2002 wegen der heftigen Herbststürme geräumt werden. Durch die mangelnde Unterstützung von Seiten der Behörden und der Wohlfahrtsverbände mussten Zelte, Material, Vorräte etc. zurückgelassen werden und wurden im Sturm zerstört. Ein Teil der 500 betroffenen Menschen, knapp 80 Personen, wurden von der Fachschaft Geographie der Düsseldorf Heinrich-Heine Universität über das Wochenende in den Räumlichkeiten des AStA untergebracht und betreut.

Die entstandenen Kosten für Getränke und Lebensmittel gehen zur Zeit zu vollen Lasten der Fachschaft Geographie. Ihr Sprecher Michael Köster bittet von daher um Unterstützung und rief zu Spenden für die betroffenen Menschen auf: „Wer helfen möchte und dem Camp mit Kleidung, Essen, Zelten zur Verfügung stellen kann, der oder die kann sich bei mir unter der 0179-399 03 76 melden.“, so Köster in einer Mitteilung der Fachschaft.

Seit April diesen Jahres protestieren etwa 500 Roma, fast ausschließlich Familien, um die Öffentlichkeit und die Politik auf ihre bedrängte Lage aufmerksam zu machen. Inzwischen ist der Demonstrationszug nach Essen, Bremerhaven, Berlin, Hannover, Bielefeld, Münster, Dortmund, Wuppertal und Köln in Düsseldorf angelangt. Seit Mitte Juli leben sie notdürftig in Zelten auf verschiedenen Wiesen in Düsseldorf. Trotz der aufgrund einbrechender Kälte und finanzieller Not zunehmenden Härte dieser „Dauerdemonstration“, wollen die Roma weiter für ihre Rechte kämpfen.

Von humanitärer Flüchtlingspolitik keine Rede

Sie wehren sich gegen die drohende Abschiebung in das ehemalige Jugoslawien, welche die Innenministerkonferenz

am 6. Juni 2002 in Bremerhaven für dieses Jahr angekündigt hat. Dieser Beschluss wird der tatsächlichen Lage der Roma insbesondere in Serbien, Montenegro und dem Kosovo in keiner Weise gerecht: ein Großteil von ihnen lebt dort unverschuldet unter erbärmlichen Umständen unterhalb eines menschenwürdigen Niveaus. Die Berichte internationaler Organisationen wie UNHCR, UNMIK und Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen stimmen darin überein, dass Angehörige von Minderheiten wie die Roma dort keinen adäquaten Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeit und Eigentum haben. Zum Teil müssen sie in militärisch geschützten Enklaven leben und sind immer noch Opfer von Gewalttaten und Diskriminierungen.

Odysee durchs Ruhrgebiet

Die protestierenden Roma in Düsseldorf hatten zuletzt versucht, bei den Parteitag der regierenden Parteien präsent zu sein und für ihr Bleiberecht und gegen ihre geplante Abschiebung zu demonstrieren. Sie wollten vor allem die Grünen an ihre in Wiesbaden bei einer Bundesdelegierten-Konferenz (BDK) gefassten Entschlüsse und an die vor den Wahlen gemachten Versprechen erinnern.

Doch dazu kam es nicht. Die Polizei verhinderte die Abfahrt der Roma, zunächst ohne Angabe von Gründen. Es wurde immer auf Anweisungen von oben hingewiesen und auf den Einsatzleiter gewartet. Schließlich war klar: aufgrund der Residenzpflicht, einer gesetzlichen Einschränkung der Freizügigkeit für Flüchtlinge, dürfen die Roma nicht nach Bremen zu der lange geplanten und angemeldeten Demonstration. Bis dahin wurde dieses Gesetz bei den Aktivitäten der Roma nicht eingesetzt. Da diese jedoch entschlossen waren

ihren Weg Richtung Bremen aufzunehmen, entschieden sie sich zu Fuß aufzubrechen.

Mit mehreren Verzögerungen durch die Polizei kam die Karawane bis Ratingen und nach einigen langwierigen Verhandlungen wurde beschlossen, mit den Bussen weiter nach Essen zu fahren. Von der Polizei kam die klare Aussage, dass der Regierungsbezirk Düsseldorf, der in Essen endet, nicht verlassen werden darf. So wollten die Roma in Essen eine Demonstration gegen die Residenzpflicht anmelden. Die Polizei aber sorgte sich auf einmal um die Kinder, da es schon angefangen hatte zu regnen und es immer später wurde. Seit sechs Monaten schlafen die Familien in Zelten im Freien und keiner, außer einigen wenigen UnterstützerInnen, hat sich bis jetzt darum gekümmert. Erst nach langen Verhandlungen wurde doch eine Demonstration zu akzeptiert.

Am nächsten Morgen sollte es weiter nach Gelsenkirchen gehen, dessen Grenze 20 Meter hinter dem Flüchtlingsheim liegt. Die dort lebenden Flüchtlinge überqueren jeden Tag mehrmals diese Grenze um zu einem dahinterliegenden Kiosk zu gelangen und verletzen damit schon die Residenzpflicht. Durch eine Demonstration in Gelsenkirchen sollte die Lächerlichkeit und Willkürlichkeit dieses Gesetzes deutlich gemacht werden. Die Polizei drohte aber mit Repressionen und einer entschlossenen Härte, wenn ein solcher Versuch gewagt werden sollte. Die meisten Roma wollten keine Eskalation und entschieden, zurück nach Düsseldorf zu fahren.

Trotzdem war dieser Protest für die Roma wohl ein Erfolg, denn die Presse war vor Ort, es gab einige Berichte und eine gewisse Mobilisierung des öffentlichen Interesses.

Anne Tiffer

9.11. oder 11.9.? Wer weiß das schon so genau

9. November obskur

Preisfrage, was haben die folgenden historischen Ereignisse gemeinsam? Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle in München 1923, die Reichspogromnacht 1938, der Tod Holger Meins (RAF) an den Folgen der Isolationshaft 1974, der Fall der Mauer 1989 und schließlich die Werbung Gerhard Schröders für einen Militärschlag als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001. Richtig, sie alle fanden an einem 9. November statt.

Mit dem 9. November verbindet man zumeist die Erinnerung an die antisemitischen Verbrechen der Reichspogromnacht. Zurecht finden jährlich Veranstaltungen statt, die an die Ereignisse erinnern und Position gegen Antisemitismus und rechte Aktivitäten beziehen. Von städtischen Gedenkveranstaltungen an die historischen Ereignisse bis hin zu linksradikalen Demonstrationen, die sich auch gegen den fortwährenden Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft wenden, findet sich ein breites Spektrum von Aktionen. Dass auch die anderen Ereignisse an einem 9. November stattfanden, ist zwar faktisch richtig, was aber nicht erklärt, warum man sie im Aufruf für eine Demonstration vermengen muss.

Fragwürdig

„Lernt aus der Geschichte, anstatt sie zu vergessen“, heißt es im Demoauftrag der Organisation „Red Community NRW“ für eine Demo

in Leverkusen. Davon sind die aufrufenden Gruppen selbst offenbar weit entfernt. Wie sonst kommt man auf die Idee, diverse historische Begebenheiten der deutschen Geschichte, welche alle am 9. November stattfanden, in einem Aufruf zu vereinen? Selbstverständlich dürfen auch die ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht fehlen. Zu dumm, dass diese nicht auch an einem 9. November umgebracht wurden. Das hätte zur Verschwörungstheorie noch gefehlt.

Keine Frage: zu allen Daten könnte man eine eigene Demonstration durchführen – sie so zu vermengen, wird keinem von ihnen gerecht. Wenn Tatsachen wie, dass es „13 Jahre nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland immer noch viel mehr Arbeitslose bei viel geringeren Löhnen (gibt)“ im Aufruf für eine Demonstration, die an die Reichspogromnacht erinnern soll, auftauchen, so wird dies dem Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht und der nachfolgenden Judenvernichtung in keiner Weise gerecht. Damit sind die OrganisatorInnen jedoch nicht ganz allein. Auch die VeranstalterInnen der Demonstration „Gegen Antisemitismus und Faschismus – Solidarität mit Israel!“ in Essen müssen sich den Vorwurf gefallen

lassen, in gewisser Weise den Verbrechen des 9. Novembers 1938 nicht die Bedeutung zukommen zu lassen, die sie haben. Ihr Plakat zeigt ein Bild der Brandschatzung der Essener Synagoge in der Reichspogromnacht, zudem ein Foto sich als potentielle Selbstmordattentäter darstellender Demonstranten während einer pro-palästinensischen Demonstration im Libanon 2001. So wichtig es ist, nicht nur der Reichspogromnacht zu gedenken, sondern eben auch antisemitische Aktionen in der Gegenwart anzuprangern, so kann die Darstellung auf ein und demselben Plakat nicht nur als Warnung vor einer Wiederholung der Geschichte, sondern durchaus auch als Gleichsetzung der Reichspogromnacht mit antisemitischen Terroranschlägen heutzutage verstanden werden. Vielleicht ist es auch so gedacht, was –

ohne die Bedrohung Israels negieren zu wollen – bedenklich stimmt. Ebenso wie die Bezeichnung der Terroristen als „islamistische Faschisten“, welche Faschismustheorien verkürzt, wenn nicht verkennt. Im Golf- oder Jugoslawienkrieg waren es jene Stimmen gewesen, die – zurecht und fast allein – die inflationäre Benutzung der Begriffe „Holocaust“ und „KZ“ ebenso anprangerten wie die Gleichsetzungen „Sadam = Hitler“ oder „Milosovich = Hitler“.

Schade, das man jetzt selber so schnell mit derartigen Vergleichen dabei ist – so richtig die Stoßrichtung auch ist.

jas



Mittwoch, 6. November

rote ruhr-uni:

Ingo Elbe (Dortmund): Umwälzungsmomente der alten Gesellschaft. Revolutionstheorie und ihre Kritik bei Marx.
19.30 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni Bochum

Mobilisierungsveranstaltung zu Wuppertal stellt sich quer!

Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft. Veranstaltung mit Lars Rensmann, Politikwissenschaftler Otto Suhr-Institut Berlin und Leonid Goldberg, Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde Wuppertal
19.30 Uhr, City Kirche Wuppertal-Barmen

Peter Paul Zahl liest: „Der Domraub“

Peter-Paul Zahls neues Buch steht – wie schon sein vielschichtiger Roman „Die Glücklichen“ in der Tradition des Schelmenromans
20 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Donnerstag, 7. November

Gedenkveranstaltung zum 64. Jahrestag der Pogromnacht

17.30 Uhr, Huestraße

Mit Sicherheit rassistisch

Ref.: Dirk Burczyk, Ein Resümee der Anti-Terror-Maßnahmen ein Jahr nach dem 11.9.
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Dialektik der Aufklärung

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe: „Auschwitz denken. Theorie, Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus in Deutschland“ Mit: Lars Rensmann (Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin)
20 Uhr; Zeche Carl, Essen

Freitag, 8. November

„Scherbenspur“

zum Gedenken an die Reichspogromnacht in Dortmund
16.15 Uhr vor der Reinoldikirche, Dortmund

rote ruhr-uni:

Manfred Dahlmann (Freiburg): Das Rätsel der Macht – die Macht des Kapitals. Foucault und die Kritische Theorie der Gesellschaft.
19.30 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Uni Bochum

Samstag, 9. November

Demo gegen Naziterror in Lendringsen (Menden)

11.30 Uhr; vor der Vinzenzkirche in der Menden Innenstadt

Sonntag, 10. November

Solidarität mit Israel

Demonstration gegen Antisemitismus und Faschismus (siehe S. 2)
12 Uhr, Kardinal-Hengsbach-Platz, Essen (nahe Hbf.)

Montag, 11. November

Kritik der Globalisierungskritik

Über das Verhältnis der Globalisierungskritiker zu Staat und Kapital und deren fehlender Alternative zum Kapitalismus referiert Michael Heinrich, Konkret-Autor aus Berlin.
18 Uhr, Duisburg, Hundertmeister (Eintritt frei!)

rote ruhr-uni:

Thomas Haury (Freiburg): Von der Zärtlichkeit der Völker zur Israel-Feindschaft. Über den Antisemitismus der Linken.
19.30 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Uni Bochum

Südafrika nach 8 Jahren ANC-Regierung

Diskussion mit Mike Mathabate, Sprecher des Anti-Privatisierungsforum Johannesburg
19.30 Uhr, Literaturkaffeehaus Taranta Babu, Humboldtstr 44, Dortmund

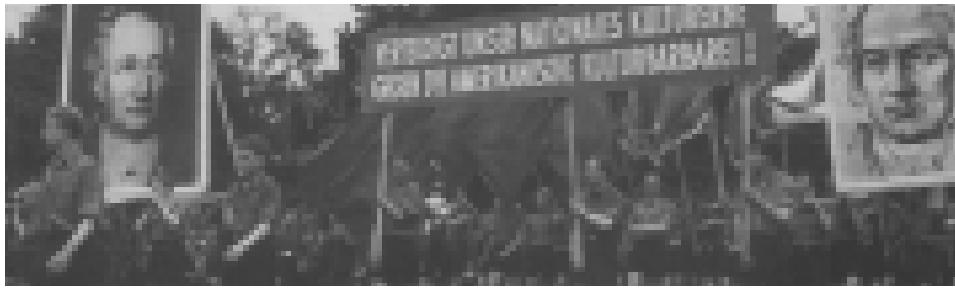
Dienstag, 12. November

rote ruhr-uni:

Christoph Hesse (Bochum): ...die wichtigsten aller Künste. Über Bilder der Avantgarde im Kino der Revolution.
19.30 Uhr, Kulturcafé, Ruhr-Uni Bochum

Bildung statt Burkha?

Zur aktuellen Situation von Frauen in Afghanistan. Mit: Sahar Saba (RAWA/Afghanistan)
20 Uhr; Zeche Carl, Essen



Rezension: Antisemitismus von links

Antisemitismus ohne Antisemiten

Antisemitismus von links, bei allen Wiederholungen und Redundanzen eines der besten Bücher des Jahres, ist mindestens zwei Bücher in einem. Nicht nur analysiert Haury vor der Haltung der DDR zu Juden, Antisemitismus und Zionismus die von Marx, SPD im Kaiserreich, Lenin und KPD in der Weimarer Republik, sondern er liefert eine der besten, übersichtlichsten, verständlichsten und klarsten Darstellungen und Analysen der Formen und Grundstrukturen des antisemitischen Weltbildes.

Haury geht es um die „genauen Charakteristika, die den modernen Antisemitismus als ein sachlich eigenständiges, zusammengehöriges und zeitlich abgrenzbares Phänomen qualifizieren.“ Dafür konzentriert er sich auf die „Ebene des ideologischen Denksystems“ und entfaltet die „Logik des modernen Antisemitismus“, um dann „Äußerungen sozialistischer und kommunistischer Provenienz zu Juden, Israel und Zionismus auf ihren antisemitischen Gehalt zu prüfen.“

Die „Leistung“ des modernen Antisemitismus besteht in einer umfassenden „Welterklärung“. Die Juden werden „mit der sich krisenhaft durchsetzenden und nur schwer zu durchschauenden kapitalistischen Ökonomie selbst“ identifiziert, deren abstrakte Macht und Abhängigkeitsbeziehungen Finanz & Börse zugeschrieben und dann im Juden personifiziert werden. Sie seien ebenso Träger der kulturellen Moderne, ihrer „Zersetzung“ und „Massenkultur“, beeinflussten Politiker und revolutionäre Bewegungen und steuerten die Presse.

Von Bedeutung ist der Konnex Antisemitismus – Nationalismus. Der Fixpunkt einer nationalen vollkinnigen „Gemeinschaft“ gilt „als axiomatisch vorgegeben“ und wird „fraglos akzeptiert“, ist „somit der Erklärung entrückt“ und bestimmt „sich aus sich selbst heraus“. Einer „Gemeinschaft“ gehöre man nicht durch „Entschluss“, sondern durch „Bestimmung“ an, und sie „muss sich notwen-

dig in einer zentralen Instanz repräsentieren“: Nation und Staat. Volk & Nation müssen permanent stabilisiert werden durch „Inszenierung von Gemeinschaft“, „Naturalisierung und Ethnisierung“ des Kollektivs, „Konstruktion von Nationalgeschichte“, wie durch die „Definition und Ausgrenzung von ‚Anderen‘ sowie Markierung von ‚Fremden‘“. Nationalismus entsteht „keineswegs erst in Krisenzeiten“, sondern ist „integraler Bestandteil der Konstruktion und Aufrechterhaltung der Gemeinschaftsvorstellungen ‚Volk‘ und ‚Nation‘“. Die Identität ist nach Entstehungsgrund und eigener Logik dieser Konstruktion nur negativ zu haben: über die Bestimmung eines Gegenkollektivs.

„Infolge ihres Sozialprofils, ihrer Geschichte und der Vorgeschichte der vor-modernen Judenfeindschaft konnte aus ‚den Juden‘ ein geradezu ideales ‚nationales‘ Feindbild konstruiert werden.“ Die Juden dienen als „Antiprinzip zur ‚nationalen Gemeinschaft‘“, bilden keine beliebige andere Nation. Trotz ihrer Zerstreutheit hätten sie die Identität, die einem selber mangelt, seien sie „Muster-Volk“ und „Un-Volk“ zugleich.

Juden als Anti-Prinzip zur nationalen Gemeinschaft

Auf dieser analytischen Grundlage kann Haury den Antisemitismus nicht nur scharf und genau vom Rassismus trennen, sondern entweder ihn selber auch in anderen ideologischen Formationen wiedererkennen oder zumindest „augenfällige Affinitäten zu den Grundprinzipien des antisemitischen Denkens“. Haury geht es um einen „Antisemitismus ohne Antisemiten“, „der sich selbst gar nicht mehr als solcher begreifen kann oder bekennen will.“ Anhand der „drei den Antisemitismus charakterisierenden Ebenen“ - Grundinhalte, Verbindung mit dem Nationalismus, spezifische Denkstrukturen (Manichäismus, Verschwörungstheorie & Personifizierung, Verkehren von Täter und Opfer) - kann entschieden werden, „ob oder ab wann eine ideologische Artikulation als antisemitisch zu klassifizieren ist.“ Damit kann man „zwischen dem Auftreten einzelner Stereotype und einer geschlossenen Ideologie“ unterscheiden, und v.a. einschätzen, worauf einzelne Denkmuster hin-

auslaufen können und wo sie immer wieder landen.

In den von Haury im weiteren untersuchten Abschnitten linker Theorie & Praxis finden sich derlei Stereotype zuhauf – in Karl Marx' Schrift „Zur Judenfrage“, seit Edmund Silberner der Grundtext der „antisemitischen Tradition des modernen Sozialismus“, hingegen nicht. Haury bringt die Forschung auf den neuesten Stand, korrigiert Fehlinterpretationen und weist in einer intensiven Textexegese nach, dass „Zur Judenfrage“ trotz der Verwendung typischer antisemitischer Klischees und trotz der Marxschen Reduktion des Kapitalverhältnisses auf die Zirkulation keinen Antisemitismus birgt, noch dass dieser irgendeinen Einfluss auf Theorie und Politik der Arbeiterbewegung gehabt haben kann. Denn die las Marx meistens nicht, auch „Das Kapital“ nicht, und wenn doch, dann falsch; und deswegen geriet sie mit ihrer Mischung aus Marx-Engelscher Diktion und Alltags-verstand schnell in die Fahrwasser antisemitischer Stereotype.

In Haury's Buch findet sich viel Material über „strukturellen“ wie „tendentialen“ linken und expliziten, notdürftig mit Klassenkampf-Vokabular verbrämten Antisemitismus. Wer die Herkunft linker dummer Slogans und schlechter Selbstverständlichkeiten herausfinden will, möge nachlesen; wer einen Begriff von Antisemitismus entwickeln und anhand diesem sein linkes Weltbild überprüfen möchte, erst recht. Es lohnt sich.

fake

Thomas Haury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der früheren DDR. Hamburg: Hamburger Edition, 2002, ca. 520 Seiten, 35 Euro.

Am Montag, 14.11. spricht Thomas Haury im Rahmen der RRU 2002 um 19:30 Uhr im Kulturcafé der RUB über Antisemitismus in der Linken.

:bszkonsumterror

Nestlé die Dritte

Willkommen beim dritten und letzten Teil der Nestlé-Konsumterror-Trilogie. Nach Vorwörde des Rassismus und des sozial unverträglichen Imperialismus nun zu dem so profanen wie den Alltag betreffenden Thema der Ernährung. Der Nestlé-Konzern versorgt nämlich selbstverständlich nicht nur Kleinstkinder, sondern alle, die auf sogenannte „Convenience Food“-Produkte zurückgreifen, in welcher Form auch immer. Ob Schokolade, Fertiggerichte, Getränpulver in immer neuen Variationen, Nestlé hat für die meisten irgendetwas Verlockendes anzubieten. Das ist, wenn man sein Gewissen außen vor lässt bei der Kaufentscheidung...

Nestlé hat, sollte euch das bei der privaten Recherche ihrer Websites nicht aufgefallen sein, ein wirklich recht breites Spektrum an Internetseiten, auf denen man sich, so die Erwartungen nicht gar so hoch geschraubt werden, eine Weile amüsieren können soll. Es gibt zum Beispiel eine nach Meinung der Autorin zutiefst sinnlose Seite unter der Adresse www.hertageniesserland.de, die nach langem Laden irgendwann mal das Datum des Tages mit irgendwelchen „Herta essen ist toll“-Vorschlägen anzeigt, und zwar unter dem Motto: Sinne an, entdecken, schmecken... Lassen wir uns also den Paketwurstglibber auf der Zunge zergehen. Diese Website, wie überflüssig auch immer sie erscheinen mag, zeigt aber ganz gut Nestlés seltsam widersprüchliches Verhältnis zu Ernährungsfragen. Nicht nur enthält die offizielle Internetpräsenz des Konzerns allerlei Tipps und Tricks zur angeblich gesunden Ernährung (sogar, brav, brav, eine genaue Auflistung vegetarischer sowie veganer Lebensmittel im Sortiment für die ökologischer orientierten



UnterstützerInnen der UN-Konventionenbrechenden), nicht nur arbeiten in diversen Krankenhäusern, Schulen und Sozialeinrichtungen der Welt von Nestlé angestellte ErnährungsberaterInnen, nein. Nestlé hält sich, wie das WWW uns weiter verrät, die sogenannte Nestlé Foundation, die wissenschaftlich zweifelsohne hochobjektiv Forschung in Sachen Ernährung sowohl finanziell subventioniert als auch betreibt. Untersucht werden zum Beispiel der Energie- und Nährstoffbedarf des Körpers, die Interaktion zwischen Ernährungsweise, dem Immunabwehrsystem und Infektionen, der Zusammenhang zwischen Nährstoffzufuhr im Fötus- und Säuglingsalter und späteren Krankheiten, und zwar nicht selten an Testpersonen in der sogenannten dritten Welt. Sehr ehrenwert, könnte man meinen, ein Nahrungsmittelkonzern, dem die Gesundheit der von ihm Ernährten am Herzen liegt. Mal sehen. Was denn nun trägt Nestlé bei zur Gesundung der Weltbevölkerung, was ist es, was unsere Herzen länger schlagen lässt, unsere Knochen schneller er härten und gleichzeitig unsere Geschmacksnerven fröhlich juchzen? Die Gespenstersuppe, die den Kleinen beibringt, dass lustige Hexen in Instantmatensuppe besser sind als doofer Rosenkohl in Miso? Der Nesquik-Sommerkakao mit Erdbeer-Joghurt-Geschmack, in dem sich wahrscheinlich selbst die Geschmacksverstärker duellieren? Die Schokoriegel, die gesüßten Obstkonserven, die Kondensmilchsorten? Man schaue sich die Marken an, die Nestlé so vertreibt, und suche darin nach der Umsetzung der modernen Ernährungswissenschaft: Alete, Beba, Bübchen, Bärenmarke, Lünebest, Motta, Nesquik, Nestlé Desserts, Caro (und alle supermarkterhältlichen Malzcaffee-Sorten, etwa Linde, Kathreiner, Kneipp), Glückskele, Nescafé, Nespresso, Buitoni, Herta, Maggi, Thomy, After Eight, Choco Crossies, Kitkat, Lion, Smarties, Yes, Libby's, Aquarel. Erfolg gehabt? Vielleicht schenkt euch ja der Firmenhauptstabs eine Jahrespackung Smarties. Geld genug haben sie ja.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>

– Mensa-Plan für die Woche vom 6. bis 12. November –

Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 6.11.				
(S) Schweinefleischgulasch in einer Rahmsauce, dazu grüne Nudeln und ein Bohnen-Maisgemüse	Putenbrust gebraten mit einer Rahmsauce und Pommes frites, dazu ein Salat	Broccoli-Nußecke mit einer Karottensauce, dazu Vollkornreis und ein Broccoligemüse	Toscana-Gemüsepfanne mit einer Salat-Beilage (Rus biologisch kontrolliertem Anbau)	Toscana-Gemüsepfanne mit einer Salat-Beilage (Rus biologisch kontrolliertem Anbau)
DONNERSTAG, 7.11.				
Gelber Erbseneintopf mit Kartoffelwürfeln, frischem Wurzelgemüse, dazu Fleischwurst	Putengeschnetzeltes „Gyros Art“ mit Tzatziki-Dip, Fladenbrot und Kappessalat	Champignonasche mit heller Champignonrahmsauce, Blattspinat und Vollkornnudeln	Heringssstipp „Hausfrauen Art“, dazu Bratkartoffeln und eine Salat-Beilage	Rinderbraten mit Gemüsesauce, dazu Petersilienkartoffeln und Kohlrabigemüse
FREITAG, 8.11.				
(S) Hackbraten mit einer Zwiebelsauce, dazu Kräuter-Püree und ein Bohnengemüse	Seehecht, paniert mit einer Remouladen-Dip, dazu Kartoffelsalat und ein Salat	Polenta-Käse-Schnitte mit einer Käsesauce, dazu Vollkornnudeln und ein Salat	Gebratenes Lachssteak mit Holländischer Sauce, dazu Reis-Risotto und Salat-Beilage	Nasi-Goreng pikant-scharf abgeschmeckt, dazu Weißkrautsalat
MONTAG, 11.11.				
(S) Unseneintopf mit Kartoffeln und frischem Wurzelgemüse, dazu eine Bockwurst	Putengulasch mit Paprikastreifen, dazu Penne Liscie Nudeln und ein Fingermöhrengemüse	Pizza Magherita, dazu ein Eisbergsalat mit einem Mandarinen-Dressing	Putenschnitzel mit Gurkensauce und Käse gefüllt, Tomatensauce, Butter-Reis und Zucchini-Gemüse	(S) Schweinefleischspieß mit einer Schokolisauce, dazu Pommes frites und eine Salat-Beilage
DIENTAG, 12.11.				
(S) Schweinegulasch in einer Sauerrahm-Sauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Bohnengemüse	Hähnchenschnitzel im Knuspermantel, dazu eine Geflügelsauce, bunte Nudeln und ein Salat	Polenta-Käse-Schnitte, dazu eine Tomatensauce, Vollkornreis und ein Maisgemüse	(S) Schweinefleischroulade mit einer Gurkensauce, dazu Kartoffelklöße und ein Rosenkohl-Gemüse	Hähnchenkeule mit Rahmsauce, dazu Petersilien-Kartoffeln und Mischgemüse